

N I E D E R S C H R I F T

über die 9. Sitzung des Ausschusses für Personal, Organisation und Frauengleichstellung

vom:	17.02.2003
von:	13:30 Uhr
bis:	15:05 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung:

Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz - als Vorsitzender -
AM Bialowons-Sting, Eva-Marie
AM Dittrich, Karl-Heinz
Stv Gelber, Gunther
Stv Gierlich, Michael
Stv Müller, Heinz
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schneider, Manfred
Stv Schwarz-Schumann, Helga
Stv Sonntag, Hartmut
AM Wehn, Wolfgang - für Stv Mues, Steffen -
Stv Zips, Joachim

II. Beratendes Mitglied:

Stv Walter, Klaus-Volker - für Stv Nauck, Gerda -

III. Vom Personalrat:

StAl Müller
VA Fronius
VA Vogt

IV. Von der Verwaltung:

BM Stötzel
Städt. VD Lehmann
VA Bernshausen
Städt. VR Schneider, B.
Städt. VR Scholze
StA Fehler - zu TOP 12 ö. T. -
Gleichstellungsbeauftragte Dellori
VA Ehring
VA Wäschenbach
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

AM Löwenberg, Horst
Stv Mues, Steffen

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (UWG)**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Frau Bialowons-Sting bestimmt.

9. AfPOF 17.02.2003

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 04.07.2002

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

9. AfPOF 17.02.2003

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

9. AfPOF 17.02.2003

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

9. AfPOF 17.02.2003

**5. Arbeitsplanung Gleichstellungsstelle
- Ergebnisse Stand 31.12.02 und Arbeitsplanung 2003**

Vorlagenr. 2497/2003 - Vorlage vom 05.02.2003

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9. AfPOF 17.02.2003

**6. Beratung der Haushaltsansätze 2003 des UA 1.025 in der Zuständigkeit
des Fachausschusses und vorläufiges Ergebnis 2002**

Vorlagenr. 2498/2003 - Vorlage vom 27.01.2003

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9. AfPOF 17.02.2003

**7. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.12.2002 im GB 1 - Bürger-
meister - inkl. FB 2 / Büro Bürgermeister & Gemeindeorgane / Medien-
und Öffentlichkeitsarbeit sowie Gleichstellungsstelle
(Vorläufiges Abschlussergebnis 2002)**

Vorlagenr. 2495/2003 - Vorlage vom 22.01.2003

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9. AfPOF 17.02.2003

8. Beratung der Haushaltsstellen des Fachbereiches 2 - Personal und Organisation - in der Zuständigkeit als Fachausschuss

Vorlagenr. 2455/2003 - Vorlage vom 13.01.2003

ALLGEMEINE ANMERKUNGEN

Herr M. Schneider bedauert, dass der Presse entnommen werden musste, dass die Mehrheitsfraktion beabsichtigt, weder der vorgeschlagenen Erhöhung der Grundsteuer B noch den ebenfalls unterbreiteten Kürzungsvorschlägen des Bürgermeisters und des Kämmerers zuzustimmen. Da die durch die CDU-Fraktion angekündigten alternativen Finanzierungsmöglichkeiten bislang nicht vorgelegt wurden, sieht sich die SPD-Fraktion außerstande, eine seriöse Haushaltsberatung zu gewährleisten. Prioritäres Ziel muss ein genehmigungsfähiger Haushalt sein, um insbesondere den Beginn neuer Maßnahmen nicht zu gefährden.

VERWALTUNGSHAUSHALT

HHSt. 1.052.6500.0 - Ausgaben für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen

Auf Frage von Herrn M. Schneider antwortet Herr Lehmann, dass der Kämmerei für den Änderungsdienst zum Haushaltsentwurf 2003 ein zusätzlicher Bedarf i. H. v. 85.000,00 € aufgrund der erforderlichen Neuwahl des Landrates gemeldet wurde. Kosten, die aufgrund einer Stichwahl entstehen könnten, sind in diesem Betrag enthalten.

VERMÖGENSHAUSHALT

HHSt. 1.060.9351.2 - TUIV (Rathäuser)

Herr M. Schneider möchte wissen, warum der Ansatz gegenüber dem Vorjahr reduziert wurde.

Herr B. Schneider führt aus, dass der Bedarf aufgrund des hohen Finanzeinsatzes in den vergangenen Jahren gesunken ist.

Herr Bürgermeister Stötzel zeigt auf, dass in den meisten Verwaltungsbereichen eine gute PC-Ausstattung zu konstatieren ist.

◆◆◆ Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung nimmt die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltstitel des Haushaltsentwurfes 2003 zur Kenntnis.

9. AfPOF 17.02.2003

9. Neubewertung der Schulsekretariatsstellen

Vorlagennr. 2468/2003 - Vorlage vom 15.01.2003

Herr Prof. Dr. Holzäpfel äußert sich erfreut, dass nach langwieriger Aufarbeitung der komplexen Thematik nunmehr eine einvernehmliche Lösung im Sinne der betroffenen Bediensteten vorgestellt wird. Er dankt in diesem Rahmen dem Bürgermeister, der Personalverwaltung, dem Personalrat und der Frauengleichstellungsstelle.

Frau Schwarz-Schumann schließt sich dem Dank ihres Vorredners an.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9. AfPOF 17.02.2003

10. Stellenplan 2003 der Stadtverwaltung Siegen

Vorlagennr. 2390/2002 - Vorlage vom 03.12.2002

dazu: Ergänzungsvorlagennr. 2390/2002 A - Vorlage vom 05.02.2003

dazu: Stellungnahme des Personalrates vom 21.01.2003

Herr Lehmann geht auf die Rahmenbedingungen ein, vor deren Hintergrund die Stellenplangestaltung 2003 zu sehen ist.

Mit der Vorlage 2390/2002 und der Ergänzungsvorlage hierzu legt die Verwaltung

- die Stellenübersicht für den Stellenplan 2003,
- den mittelfristigen Ausbildungsstellenplan 2001 - 2006,
- die beabsichtigten Einsparstellen,
- die beabsichtigten Mehrstellen,
- die beabsichtigten Stellenumwandlungen sowie
- den Personalkostenansatz für 2003

mit der Bitte um Empfehlung zur Beschlussfassung im Rat vor.

Mit Einbringung des Haushaltes 2003 am 18.12.2002 wurde auch der Stellenplan 2003 eingebracht. Hiernach ist beabsichtigt, entsprechend des Bruttoprinzips 5,46 Stellen einzusparen.

Die Einsparstellen sind in der Anlage I zur Vorlage 2390/2002 angeführt.

Die aus Sicht der Verwaltung notwendigen 9,3 Mehrstellen sind in Anlage II mit Einzelbegründungen aufgelistet.

In der Anlage IV sind die beabsichtigten Stellenumwandlungen, unterteilt nach Beschäftigungsbereichen (Arbeiter/innen, Angestellte und Beamte/innen), dokumentiert.

Die Umwandlung der 31 Schulsekretariatsstellen (vgl. TOP 9) sind hierin enthalten.

Bei den Stellenumwandlungen im Beamtenbereich (Anl. IV, Seite 2) wird gebeten, die Eintragung unter der Organisationsnummer 02050001020 „Sachbearbeiter/in, Arbeitsgruppenkoordinator/in“ zu streichen. In diesem Fall hat sich in der Stellenbewertung keine Veränderung ergeben, eine Umwandlung ist nicht erforderlich.

Die Personalkostenkalkulation, in der Einbringungsvorlage auf 56.293.100,00 € beziffert, erfolgte auf der Basis der tatsächlichen Personalkosten bis Juli 2002 und daraus resultierender Hochrechnung der noch anstehenden Monate. Es wurde eine Besol-

dungs- und Tarifierhöhung von 1,5 % bei unveränderten Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung eingerechnet. Obwohl in anderen Branchen Tarifabschlüsse im Umfang von ca. 3 - 4 % erzielt wurden, haben Bürgermeister und Stadtkämmerer in Anbetracht der bekannten Haushaltssituation die Begrenzung der Besoldungs- und Tarifierhöhung auf 1,5 % in der Kenntnis festgelegt, dass mit jeder darüber hinausgehenden Erhöhung automatisch die Personalkosten steigen und zwangsläufig Gegensteuerungsmaßnahmen notwendig werden.

Der Ausbildungsstellenplan entspricht dem Ratsbeschluss vom 27.06.2001. Hiernach werden in 2003 insgesamt 73 Auszubildende beschäftigt. In dieser Summe sind 13 Stellen enthalten, die zum 01.08. bzw. zum 01.09.2003 nachbesetzt werden.

Für den Beamtenbereich wird eine abgestufte Beförderungssperre vorgeschlagen. Aufgrund des tatsächlichen Tarifabschlusses für das Jahr 2003 mit den darüber hinaus bekannt gewordenen Erhöhungen im Sozialversicherungsbereich wurde der SN A 2003 auf Grundlage des Rechnungsergebnisses 2002, wie in der Ergänzungsvorlage dargestellt, neu kalkuliert. Hiernach bestünde ein Mehrbedarf für 2003 i. H. v. 803.400,00 €. Durch die auf Seite 3 mit 530.400,00 € bezifferten Kostenreduzierungen ergibt sich ein Mehrbedarf von 273.000,00 €. Der neu ermittelte Gesamtbetrag für den SN A „Personalkosten“ für 2003 beläuft sich somit auf 56.566.100,00 €. Gegenüber den gedeckelten Personalkosten von 55.561.060,00 € bedeutet das Rechnungsergebnis 2002 mit 56.044.038,00 € eine Überschreitung i. H. v. rd. 483.000,00 €. In die Ursprungskalkulation waren eingerichtete Mehrstellen, wie in der Stellenplanvorlage 2002 dargestellt, nicht eingerechnet. Hierbei handelt es sich um 2 Mehrstellen im Bereich der Feuerwehr (zusätzlicher Aufwand: 161.500,00 €), von denen eine zu 100 % durch den Kreis refinanziert wird und die zweite aufgrund eines erhöhten Personalausfallfaktors entstand. Für die Straßenreinigung / den Winterdienst entstanden zusätzliche Kosten von 152.000,00 €. Wären die genannten Kosten mit der Gesamtsumme von 313.500,00 € nicht angefallen, hätte ohne Deckelung des SN A lediglich eine Überschreitung i. H. v. ca. 172.000,00 € (entspricht 0,31 %) ausgewiesen werden müssen.

Frau Dellori weist darauf hin, dass die Gleichstellungsstelle auf eine Stellungnahme zum Stellenplan 2003 verzichtet hat, da diese denselben Inhalt wie die letztjährige, die zum Stellenplan 2002 abgegeben wurde, hätte.

ALLGEMEINE ANMERKUNGEN

Bei der Stellenplanberatung 2002 am 31.01.2002 wurde durch die Verwaltung zugesagt, die Entwicklung der Mehrarbeit und Bereitschaft sowie die Ausfallraten für Krankheit nachzuliefern, so Herr M. Schneider. Er bedauert, dass dies bislang nicht erfolgt ist.

Das Rechnungsergebnis 2002 im Bereich der Personalkosten hätte er in Anbetracht der Haushaltslage nur dann als befriedigend erachtet, wenn der gedeckelte Betrag (inkl. Aufstockung aufgrund Mehrkosten im Winterdienst) eingehalten oder unterschritten worden wäre.

Die Personalkostenentwicklung 2002 bestätigt die durch die SPD-Fraktion bereits bei Einbringung des Stellenplanes geäußerten Bedenken bezüglich der Auskömmlichkeit des Ansatzes. So sieht er auch den neu ermittelten Personalkostenansatz 2003 i. H. v. 56.566.100,00 € als sehr risikobehaftet und nicht realistisch.

Die Einspar- und Mehrstellen 2003 zusammengerechnet ergeben eine Steigerung von 4 Beamtenstellen. Im Bereich der Angestellten und Arbeiter lässt sich diesbezüglich ein negatives Ergebnis ermitteln. Angesichts der Diskussionen über die Änderung des Beamtenrechtes weist er darauf hin, dass der Anteil der Auszubildenden für die Beamtenlaufbahn im Ausbildungsstellenplan mit dem mittelfristigen Ziel der Verringerung der Ausweisung von Beamtenstellen im Stellenplan kritisch überprüft werden sollte.

Herr Bürgermeister Stötzel führt aus, dass eine allseits geforderte bzw. gewünschte optimale Aufgabenerfüllung durch die Verwaltung im Widerspruch zu der dramatischen Haushaltssituation steht. Bei zahlreichen Aufgaben besteht kein Handlungsspielraum, wie er mit Verweis auf Pflichtaufgaben deutlich macht. Bei den Personalkosten ist zu beachten, dass zahlreiche Stellen zwar mit den entstehenden Kosten ausgewiesen werden müssen, auf der anderen Seite aber durch ebenfalls veranschlagte Einnahmen refinanziert werden.

Gravierende Einsparungen werden Konsequenzen, überwiegend bei Serviceleistungen zugunsten der Bürger, haben. Über eine für 2003 bereits verfügte grundsätzliche einjährige Wiederbesetzungssperre versucht die Verwaltung, die Personalkosten verantwortungsbewusst möglichst niedrig zu halten.

Künftig sind intensive Gespräche zwischen Verwaltung und Politik dahingehend zu führen, welche Aufgaben weiterhin wahrgenommen werden sollen und welche angesichts der Haushaltslage nicht mehr finanzierbar sein werden.

ZU ZIFFER 4 DER VORLAGE 2390/2002

Herr Dittrich beantragt, eine einheitliche Beförderungssperre für die Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppen ab A 10 bis A 16, deren Stellen im Stellenplan 2003 mit einer höheren Dotierung ausgewiesen sind, für die Dauer von 12 Monaten festzusetzen.

Herr M. Schneider beantragt demgegenüber, eine Beförderungssperre für den o. g. Personenkreis (ab der Besoldungsgruppe A 10) für maximal 9 Monate festzusetzen.

ZU ANLAGE I DER VORLAGE 2390/2002 - EINSPARSTELLEN 2003

Herr M. Schneider weist darauf hin, dass von den 13,67 Einsparstellen ein erheblicher Anteil im Bereich Reinigungsdienst realisiert werden soll. Da die entsprechenden Kräfte im Niedriglohnsektor beschäftigt sind und die Einsparungen auf der einen Seite zum Teil Mehrausgaben durch zu vergebende Fremdreinigung auf der anderen Seite bedingen, ist die auf den Gesamthaushalt bezogene Bruttoeinsparung als denkbar gering zu bewerten.

Festzustellen ist, dass insgesamt gesehen zum größten Teil der Niedriglohnsektor von Stellenbeinsparungen getroffen wird.

Er bittet um einen Sachstandsbericht bezüglich der seit langem diskutierten Einführung von Kassenautomaten im Bäderbereich.

Er vermisst bislang das Ergebnis aus der durchgeführten Untersuchung bezüglich der Regeneinlassreinigung.

Über Einsparungspotentiale aufgrund des tariflich vereinbarten Wegfalles des Ar-

beitszeitverkürzungstages möchte er informiert werden.

Die Einführung von Kassenautomaten im Bäderbereich sollte im Sport- und Bäderausschuss diskutiert werden, so Herr Bürgermeister Stötzel. Grundsätzlich warnt er vor einem solchen Schritt, da seines Erachtens eine Servicekraft zur Aufrechterhaltung eines problemlosen Badebetriebes unersetzlich ist.

Zur Regeneinlassreinigung werden derzeit intensive Gespräche mit dem Eigenbetrieb der Stadt Siegen geführt. Eine Einigung ist in Kürze absehbar, eine Vorlage wird unmittelbar im Anschluss erstellt.

Herr Lehmann führt aus, dass es rechnerisch betrachtet eines personell umfangreichen Aufgabenbereiches bedarf, um Einsparungen durch den Wegfall des Arbeitszeitverkürzungstages zu erzielen. Dennoch wird sich die Verwaltung bemühen, den fiktiv angesetzten Betrag einzusparen.

ZU ANLAGE II DER VORLAGE 2390/2002 - MEHRSTELLEN 2003

Vor dem Hintergrund des Tarifabschlusses 2003 und mangelnder finanzieller Unterstützung durch Bund und Land bei den zahlreichen, den Kommunen zusätzlich übertragenen Aufgaben, beantragt Herr Wehn, aus fiskalischen Gründen von den ausgewiesenen 9,3 Mehrstellen lediglich die Mehrstellen mit den Organisationsnummern 01020000030 (Mitarbeiter/in Auskunftsschalter Rathaus Siegen), 02050003360 und 02050003370 (Sachbearbeiter/in Stadtteilbezogene Prävention, Stadtteilbüros Heidenberg und Fischbacherberg) und 03060004813 und 03060004814 (Brandmeister/in) mit den jeweiligen Stellenfaktoren zu verwirklichen. Bezüglich der beiden Stellen in den Stadtteilbüros sollte dem Rat gegenüber eine Empfehlung dahingehend ausgesprochen werden, dass die angestrebte Kompensation dieser Stellen aus dem Fachbereich 5 nicht erst im Jahr 2004, sondern bereits möglichst früh in 2003 zu erfolgen hat.

Die übrigen ausgewiesenen Mehrstellen sind zu streichen und die entsprechenden Aufgaben durch das vorhandene und gut qualifizierte Personal zu erfüllen.

Herr M. Schneider regt an, dass die Aufgaben der Stelle 02040002045 (Sachbearbeiter/in Schnellinventarisierung des Westf. Amtes für Denkmalspflege) in Kooperation mit der Universität wahrgenommen werden können.

Vor dem Hintergrund der durch die CDU-Fraktion beantragten und in seinen Augen willkürlichen Stellenstreichungen und der Tatsache, dass der Personalhaushalt sehr risikobehaftet ist, stellt die SPD-Fraktion folgenden Antrag: „Aufgrund der äußerst schwierigen Haushaltslage werden im Stellenplan 2003 keine Mehrstellen veranschlagt. Die Verwaltung wird beauftragt, den Mehraufwand aus dem vorhandenen Personalbestand zu rekrutieren.“

An ein gravierendes Einsparpotential durch Ausweitung der Kooperation mit der Universität glaubt Herr Bürgermeister Stötzel nicht.

Generell sind durchgreifende Änderungen, die mit Personalkosteneinsparungen einhergehen, nur über den Weg des Aufgabenwegfalles erreichbar. Um auch weiterhin betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, ist peu à peu eine verantwortungsbewusste Aufgabenreduktion, zu der der Druck der Verhältnisse ohnehin zwingt, im

Konsens aller Beteiligten herbeizuführen.

Bezug nehmend auf die nachhaltige Frequentierung und das durchweg positive Echo auf den im Rathaus Siegen eingerichteten Informationsschalter appelliert Herr Lehmann dringend, im Sinne der Bürgerfreundlichkeit die Mehrstelle mit dem hinterlegten Faktor nicht zu streichen. Bezüglich der Mehrstellen im Bereich der Stadtteilbüros verweist er auf den Ratsbeschluss vom 30.10.2002.

Der Bedarf letztgenannter Stellen wird nicht bezweifelt, so Herr Rujanski, doch ist der Mehrbedarf beschlussgemäß innerhalb des Personalbestandes zu decken.

Haftungsrechtliche Konsequenzen drohen bei Nichteinrichtung der Stellen im Bereich der Feuerwehr, so Herr Wehn.

Aufgrund eines Missverständnisses und der Tatsache, dass der Wegfall des Arbeitszeitverkürzungstages insbesondere im Bereich der Feuerwehr mit großer Sicherheit Konsequenzen bezüglich der Personalbemessung haben wird, ergänzt Herr M. Schneider seinen Antrag sinngemäß wie folgt: ... zu rekrutieren *und eine Stelle im Bereich der Feuerwehr zu belassen.*

ZU ANLAGE III DER VORLAGE 2390/2002 - NN-STELLEN 2003

Herr M. Schneider beantragt, die nicht kostenwirksamen Reservestellen mit den laufenden Nummern 2 und 3 (Sachbearbeiter/in / Arbeiter/in im FB 2) zu streichen. Bei tatsächlichem Bedarf kann seines Erachtens kurzfristig eine überplanmäßige Besetzung erfolgen.

Ebenso kann die Anführung der Stelle mit der laufenden Nummer 16 (Historiker/in) entfallen.

Er bittet darum, die Stelle mit der laufenden Nummer 25 (Sachbearbeiter/in Städtebauliche Planung) zu besetzen, um die derzeitige personelle Unterdeckung im Fachbereich 7/1 abzubauen.

Die Reservestellen im Fachbereich 2 wurden seinerzeit eingerichtet, um in Einzelfällen dringendsten Bedarfes diese Stellen umgehend zu nutzen, so Herr Lehmann.

Bislang wurde von dieser Möglichkeit äußerst restriktiv Gebrauch gemacht.

Eine Nachbesetzung der Stelle Nr. 25 wird im Rahmen einer veränderten Organisation erfolgen. Die Stelle wird zum Fachbereich 1 in eine neu zu gründende Abteilung „Stadtteilentwicklung und Dorferneuerung“ verlagert.

ZU ANLAGE IV DER VORLAGE 2390/2002 - STELLENUMWANDLUNGEN

Auf Frage von Herrn M. Schneider antwortet Herr Lehmann, dass eine Ausweisung der Stellen der drei stellvertretenden Wachabteilungsleiter nach A 9 im Rahmen des Stellenplanes 2004 vorgesehen ist, um der erhöhten Verantwortung aufgrund zunehmender Technisierung gerecht zu werden.

Aufgrund dieser Zusage sieht Herr M. Schneider von einem Antrag ab.

Herr Lehmann wiederholt, dass bei den Umwandlungen im Beamtenbereich (Seite 2 der Anlage) die Eintragung unter der Organisationsnummer 02050001020 „Sachbearbeiter/in, Arbeitsgruppenkoordinator/in“ zu streichen ist.

ABSTIMMUNGEN:

Beschlussvorschlag (auf Antrag der SPD-Fraktion):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, eine einheitliche Beförderungssperre für die Beamtinnen und Beamten ab der Besoldungsgruppe A 10, deren Stellen im Stellenplan 2003 mit einer höheren Dotierung ausgewiesen sind, für die Dauer von maximal 9 Monaten festzusetzen.

**Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür (SPD), 7 dagegen (CDU),
1 Enthaltung (UWG)**

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Beschlussvorschlag (auf Antrag der CDU-Fraktion):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, eine einheitliche Beförderungssperre für die Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppen ab A 10 bis A 16, deren Stellen im Stellenplan 2003 mit einer höheren Dotierung ausgewiesen sind, für die Dauer von 12 Monaten festzusetzen.

**Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 5 dagegen (SPD, UWG),
0 Enthaltungen**

Beschlussvorschlag (auf Antrag inkl. Änderungsantrag der SPD-Fraktion):

Aufgrund der äußerst schwierigen Haushaltslage beschließt der Rat der Stadt Siegen, im Stellenplan 2003 grundsätzlich keine Mehrstellen zu veranschlagen. Die Verwaltung wird beauftragt, den Mehraufwand aus dem vorhandenen Personalbe-

stand zu rekrutieren und lediglich eine Mehrstelle im Bereich der Feuerwehr zu belassen.

**Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür (SPD), 7 dagegen (CDU),
1 Enthaltung (UWG)**

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Beschlussvorschlag (auf Antrag der CDU-Fraktion):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, von den in Anlage II zur Vorlage 2390/2002 ausgewiesenen Mehrstellen lediglich die Mehrstellen mit den Organisationsnummern 01020000030 (Mitarbeiter/in Auskunftsschalter Rathaus Siegen), 02050003360 und 02050003370 (Sachbearbeiter/in Stadtteilbezogene Prävention, Stadtteilbüros Heidenberg und Fischbacherberg) und 03060004813 und 03060004814 (Brandmeister/in) mit den jeweiligen Stellenfaktoren zu verwirklichen. Die übrigen ausgewiesenen Mehrstellen sind zu streichen und die entsprechenden Aufgaben durch vorhandenes Personal zu erfüllen.

**Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 4 dagegen (SPD),
1 Enthaltung (UWG)**

Beschlussvorschlag (auf Antrag der CDU-Fraktion):

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, sicherzustellen, dass die angestrebte Kompensation der beiden Mehrstellen in den Stadtteilbüros aus dem Fachbereich 5 nicht erst im Jahr 2004, sondern bereits möglichst früh in 2003 erfolgt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (UWG)

Beschlussvorschlag (auf Antrag der SPD-Fraktion):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die in Anlage III zur Vorlage 2390/2002 (NN-Stellen) aufgelisteten Stellen mit den laufenden Nummern 2 und 3 (Sachbearbeiter/in / Arbeiter/in im FB 2) und 16 (Historiker/in) zu streichen.

**Beratungsergebnis: 5 Stimmen dafür (SPD, UWG), 7 dagegen (CDU),
0 Enthaltungen**

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Beschlussvorschlag (gem. Vorlagen 2390/2002 u. 2390/2002 A mit Ergänzung):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

- die Stellenübersicht für den Stellenplan 2003 sowie
- die Anlagen I, II und IV (Einsparstellen, Mehrstellen und Stellenumwandlungen) zum Stellenplan 2003

entsprechend der am 18.12.2002 eingebrachten Verwaltungsvorlage unter Berücksichtigung

- der vom Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung vorgeschlagenen, vorstehenden Änderungen und
- der von Herrn Lehmann vorgeschlagenen Streichung der Organisationsnummer 02050001020 aus der Anlage IV (Stellenumwandlungen) der Vorlage 2390/2002.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür (CDU), 5 Enthaltungen (SPD, UWG)

9. AfPOF 17.02.2003

11. Einführung eines Job-Tickets für die Stadtverwaltung Siegen

Vorlagenr. 2474/2003 - Vorlage vom 21.01.2003

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9. AfPOF 17.02.2003

12. Beschäftigung von Schwerbehinderten bei der Stadtverwaltung Siegen

Vorlagenr. 2485/2003 - Vorlage vom 30.01.2003

Herr Rujanski weist darauf hin, dass in der Anlage zur Vorlage bei der Jahreszahlbeschriftung des Balkendiagrammes ein Fehler unterlaufen ist.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9. AfPOF 17.02.2003